



## **Solidarität mit Klimaaktivist\*innen**

Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Neubau am 6. September 2023 gemäß § 104 WStv den folgenden

### **Resolutionsantrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Neubau spricht Klimaaktivist\*innen ihre Solidarität aus und stellt sich entschieden gegen eine Kriminalisierung gewaltfreier Proteste.

### **Begründung**

Die vom Menschen verursachte Klimakrise und ihre Auswirkungen auf Umwelt, Mensch und Tier sind real und dramatisch. Die Klimakrise verursacht extreme Wetterereignisse mit katastrophalen Folgen und einen konstanten Anstieg der Durchschnittstemperatur. Dadurch werden die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt weltweit massiv beeinträchtigt sowie unsere Lebensgrundlagen zunehmend gefährdet. Es bedarf umfassender politischer Anstrengungen auf allen Ebenen um das zentrale Ziel des Übereinkommens von Paris, nämlich die globale Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen, zu erreichen und die Auswirkungen der Klimakrise einzudämmen. Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft kämpften seit Jahrzehnten für politische Schritte, welche der Dringlichkeit des Anliegens angemessen sind – bisher bedauerlicher Weise mit mäßigem Erfolg. Mittels verschiedener gewaltloser Protestformen sorgen sie für die notwendige mediale und politische Aufmerksamkeit für das Thema. Der Staat darf diese Akteure nicht kriminalisieren und durch Bestrafung mundtot machen. Viele mehr sollten sich alle politischen Kräfte geeint zeigen in einem gemeinsamen Kampf zur Eindämmung des menschengemachten Klimawandels und sich mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die dasselbe Ziel verfolgen, solidarisieren.